UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY

Abend-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 5. September	Nr. 1160

Dank des Reichskriegsministers.

Berlin, 5. September. Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, hat zu seinem Geburtstage so zahlreiche Glückwünsche erhalten, daß es ihm leider nicht möglich ist, alle Schreiben persönlich zu beantworten. Er bittet, seinen Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen.

Eine Hetzmeldung des Wiener „Telegraph".

Berlin, 5. September. Das Wiener Blatt Telegraph, das wegen seiner reichsfeindlichen Hetze berüchtigt ist, bringt am Sonnabend die selbstverständlich frei erfundene Hetznachricht, daß der Bundesleiter des VDA, Dr. Steinacher, verhaftet und die Räume des VDA durch die Polizei besetzt worden seien. Die Sinnlosigkeit der Nachricht liegt auf der Hand. Offenbar handelt es sich um einen Versuch dieses Preßorgans, die Beziehungen zwischen Berlin und Wien, wie zwischen dem Reich und dem Auslandsdeutschtum, zu vergiften.

Deutsche Kriegsschiffe retten Volksgenossen in Spanien.

Berlin, 5. September. Durch das Eingreifen der deutschen Kriegsschiffe in den spanischen Gewässern konnten erneut in verschiedenen Fällen deutsche, in harter Bedrängnis befindliche Volksgenossen gerettet werden. Verhandlungen des Kommandanten des Kreuzers „Leipzig" mit beiden Parteien führten zu dem Erfolg, daß ihm freier Abzug der deutschen und anderen nichtspanischen Flüchtlinge aus der durch Regierungstruppen eingeschlossenen Stadt Oviedo zugesagt wurde. Am Sonntag sollen diese Deutschen in der Hafenstadt Gijon auf dem Dampfer „Bessel" eingeschifft und unter dem Schutz des Kreuzers „Leipzig" abtransportiert werden.

In Portugalete war die Tochter eines Deutschen seit 14 Tagen wegen faschistischer Gesinnung im Gefängnis. Durch persönliches Eingreifen des Kommandanten des Torpedobootes „Jaguar" wurde jedoch ihre Freilassung erreicht.

„Tiger" und „Iltis" fahren zur Ablösung nach Spanien.

Berlin, 5. September. Wie das Oberkommando der Marine mitteilt, werden am Sonntag die Torpedoboote „Tiger" und „Iltis" zur Ablösung von zwei anderen schon länger in spanischen Gewässern befindlichen Booten in See gehen.

Der antireligiöse Feldzug in Spanien.

Paris, 5. September. In dem bei Barcelona liegenden berühmten Kloster und Wallfahrtsort Montserrat wird, wie Havas meldet, zurzeit von den Roten alles zerstört, was irgendwie an den religiösen Charakter dieser historischen Stätte erinnert. So sollen bereits die Passionsgruppen der bolschewistischen Zerstörungswut zum Opfer gefallen sein.

Frontbesuch des spanischen Präsidenten.

Paris, 5. September. Der Präsident der Spanischen Republik hat am Freitag der Front in der Sierra einen Besuch abgestattet, um sich von der Lage zu überzeugen. In den Abendstunden ist er wieder nach Madrid zurückgekehrt.

Die Bedeutung des Sieges von Irun.

Hendaye, 5. September. Die Einnahme von Irun bedeutet die Erreichung des von der obersten Leitung der nationalen Truppen gesteckten strategischen Zieles in Nordspanien. Sechs Wochen lang bildete die bisher offene Grenze nach Frankreich sowohl den moralischen wie den materiellen Rückhalt für die spanischen Rotfrontler. Außerdem hatte die offene Grenze für die Roten den unschätzbaren Wert des freien Rückens und der Rückzugsmöglichkeit. Nachdem die übrigen Pyrenäengrenzübergänge sich schon seit Ende Juli in der Hand der Weißen befanden, ist von heute ab eine direkte Verbindung zwischen den spanischen Volksfrontlern und Frankreich nurmehr in den katalanischen Pyrenäen und deren Ausläufern möglich. Die weitere Entwicklung der Kämpfe im Norden Spaniens dürfte durch den Sieg von Irun ganz wesentlich beeinflußt werden. Die Besetzung des bisher in den Händen der Roten befindlichen nördlichen Küstenstreifens durch die Nationalisten, also der Fall von Renteria, Kasajes und von San Sebastian werden jetzt nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Der spanische Botschafter in Athen zurückgetreten.

Athen, 5. September. Der spanische Botschafter in Athen, Ramon Avelia, hat sich auf die Seite der Nationalisten gestellt.

Fiasko der französischen an Spanien gelieferten Flugzeuge.

Paris, 5. September. Die Action Française beschäftigt sich in einem ironischen Artikel mit dem französischen Luftfahrtminister Pierre Cot, der mit seinen an Spanien gelieferten Flugzeugen großes Pech habe. Die Militärflugzeuge, so sagt das Blatt, die er an die Madrider Regierung geliefert habe, hätten nicht die Erfolge gehabt, die man von ihnen erwartete. Die schwer zu steuernden Dewoitine Jagd-Flugzeuge wiesen sämtlich Konstruktionsfehler am Fahrgestell auf. In Frankreich selbst habe man die Benutzung dieser Apparate auf die Dauer eines Monats verbieten müssen, um das Fahrgestell zu verstärken. Von den an Spanien gelieferten Apparaten hätten alle bis auf zwei Unfälle gehabt, und der „Potez 54", eines der besten französischen Militärflugzeuge, das durch Verfügung des Luftfahrtministeriums in den Besitz der spanischen Volksfront übergegangen sei, sei von den nationalen Truppen abgeschossen worden. Die Besatzung des Flugzeuges, fünf Personen, sei dabei ums Leben gekommen.

Wenn Pierre Cot, so schreibt die „Action Française" weiter, dieser „Dummkopf und Aufsässige", seinen anarchistischen Freunden in Spanien keinen guten Dienst erwiesen habe, so habe er andererseits der französischen Luftfahrt eine moralischen Schlag versetzt.

Vier Marineflieger in Rochefort verhaftet.

Paris, 5. September. Auf der Flugzeugbasis der französischen Marinefliegerei in Rochefort wurde in letzter Minute ein Fluchtversuch von vier französischen Marinefliegern vereitelt, die sich an Bord eines französischen dreimotorigen Bombenflugzeuges nach Spanien begeben wollten, um sich der Madrider Regierung zur Verfügung zu stellen.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die vier Marineflieger ihren Plan in allen Einzelheiten vorbereitet hatten. Es ist nur einem Zufall zu verdanken, daß er in letzter Minute vereitelt werden konnte. Die vier Soldaten wurden verhaftet und ins Militärgefängnis eingeliefert.

Londoner Kundgebung für die spanischen Marxisten.

London, 5. September. Die Unabhängige Arbeiterpartei veranstaltete im Londoner Stadtteil Shoreditch eine Kundgebung für die spanischen Marxisten. Der jetzt aus Spanien zurückgekehrte Parteivertreter John McNair erklärte, was die spanischen Arbeiter heute täten, das müßten die englischen Arbeiter morgen tun.

Fenner Brockway forderte, daß die spanischen Marxisten mit Waffen und Nahrungsmitteln unterstützt werden müßten. Die britischen Arbeiter sollten von der Regierung die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes an die spanischen Marxisten verlangen.

Während der Kundgebung wurde eine Geldsammlung für die Roten in Spanien veranstaltet.

Es ist bekannt, daß innerhalb der Landesleitung der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsleitung eine starke Bewegung für eine einseitige Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes zu Gunsten der Madrider Regierung im Gange ist. Der Landesvollzugsausschuß der Arbeiterpartei und die Führung der arbeiterparteilichen Unterhausfraktion sowie des Gewerkschaftskongresses traten erneut in Plymouth zusammen, um die Lage zu erörtern. Anschließend verlautete jedoch, daß die vereinigten Bewegungen „immer noch" eine Nichteinmischungspolitik unterstützen.

„Prawda" über die Regierungsumbildung in Madrid.

Moskau, 5. September. Die Umbildung der spanischen Regierung wird nur von der Prawda in einer knappen redaktionellen Bemerkung zu den Madrider Meldungen kommentiert. Das Blatt betont, daß in der neuen Regierung Vertreter sämtlicher Volksfrontparteien sitzen, darunter auch Kommunisten, und fügt dann hinzu: „Bekanntlich gehört die spanische kommunistische Partei zur Volksfront. Sie spielt die wichtigste Rolle im antifaschistischen Kampf."

Das Fehlen lauter Genugtuung über das erstmalige Auftreten kommunistischer Minister in einem europäischen Staat dürfte sich aus der Unsicherheit der Lage in Spanien und der Rücksicht auf die Außenpolitik Sowjetrußlands erklären.

„Lunds Dagblad" über „Moskaus Nichteinmischung."

Kopenhagen, 5. September. Das südschwedische Lunds Dagblad beschäftigt sich in einem „Moskaus Nichteinmischung" überschriebenen Leitartikel mit der Haltung der Komintern und der sowjetrussischen Regierung im spanischen Bürgerkrieg. Darin wird nach einem Hinweis darauf, daß die Sowjetunion zum Erstaunen der ganzen Welt ohne lange Ueberlegungen dem französischen Nichteinmischungsvorschlag „grundsätzlich" zugestimmt habe, festgestellt, daß das Doppelspiel der Sowjets keine Grenzen zu kennen scheine. Sollte die spanische Frage zu einer internationalen Frage werden, dann würde einzig und allein die weltrevolutionäre Tätigkeit Moskaus schuld hieran sein. Die Tätigkeit der Sowjets in Spanien stelle ein krasses Beispiel internationaler Einmischung dar und sei ein Beweis mehr dafür, wie die bolschewistischen Herrscher nun mehr denn je mit allen Mitteln danach strebten, ihre Welteroberungspläne vorwärts zu treiben.

Der Artikel weist dann an Hand von Beispielen die seit Monaten und Jahren betriebene Tätigkeit der Komintern in Spanien nach und stellt weiter fest, daß die „Hilfsaktionen" der Komintern in allen Ländern fieberhaft am Werk seien. In England bemühten sich die Kommunisten allerdings mit wenig Erfolg, die Gewerkschaften für eine aktive Unterstützung der spanischen Bolschewisten zu gewinnen. In Holland, Belgien, der Schweiz und den skandinavischen Ländern, überall versuche Moskau den Konflikt in Spanien zu einem entscheidenden Vorstoß gegen den „Weltfaschismus" auszunutzen. Nach einem Hinweis auf die nicht unbedeutende Rolle, die das „Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus" bei der Unterstützung der spanischen Bolschewisten spiele, wird festgestellt, daß sich nicht nur die Komintern der gröbsten Einmischung in die spanischen Unruhen schuldig gemacht habe, sondern auch der sowjetrussische Staat selbst alle taktische Vorsicht fallen gelassen habe und offen für die Roten in Spanien Partei nehme.

Auf die Ueberweisung von über 12 Millionen Rubel an die kommunistische Partei in Spanien eingehend, hebt „Lunds Dagblad" hervor, es wirke wie ein Hohn ohnegleichen, daß die Notiz über die Einzahlung dieses Betrages an die Staatsbank in Moskau in der gleichen Nummer der amtlichen „Prawda" vom 6. August zu lesen sei, in der von der „prinzipiellen Zustimmung" der Sowjetregierung zu dem französischen Neutralitätsvorschlag die Rede sei.

Der Artikel schließt mit der Feststellung, daß Moskaus zielbewußte Tätigkeit in Spanien mit erschreckender Deutlichkeit die unerhörte und täglich wachsende Gefahr zeige, die der Kulturwelt von Seiten des roten Imperialismus drohe.

Auflegung der neuen schweizerischen Wehranleihe.

Basel, 5. September. Der schweizerische Bundesrat hat am Freitag den Auflegungs-Bedingungen für die neue Wehranleihe zugestimmt. Danach soll die erste Rate in Höhe von 80 Millionen Franken in der Zeit vom 21. September bis 15. Oktober dieses Jahres bei allen Banken und Poststellen der Schweiz zur Zeichnung aufgelegt werden.

Bei der Aushändigung der Inhabertitel wird dem Zeichner eine künstlerisch ausgestattete Dankesurkunde des Bundesrats übergeben. Der Bundesrat läßt dem Zeichnungsprojekt einen Aufruf an das Volk vorangehen, in dem er die Notwendigkeit der Verteidigung von Vaterland und Freiheit betont, gleichzeitig aber auch die Anleihe als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hinstellt.

Die schweizerischen Vorschläge zur Völkerbundsreform.

Bern, 5. September. Die Note des schweizerischen Bundesrats über die Reform des Völkerbundspaktes ist am Sonnabend dem Völkerbundssekretariat übergeben worden.

Die schweizerische Regierung vertritt die Auffassung, daß eine Revision oder Umgestaltung des Völkerbundsvertrages auf Grund der gesammelten Erfahrungen geprüft werden müsse. Das sei um so notwendiger, als die gegenwärtigen Umstände sich wesentlich von jenen unterschieden, unter denen der Völkerbundsvertrag geschaffen worden sei. In der Note wird betont, daß die eidgenössische Regierung vorderhand nicht die Absicht habe, über diesen oder jenen Punkt, der ihr reformbedürftig erscheine, bestimmte Anträge vorzubringen. Sie werde jetzt alle Anregungen mit Sorgfalt prüfen, lege aber Wert darauf, zu erklären, daß die Reform selbst vom Gesichtspunkte der Universalität aus in Betracht gezogen werden müsse. Die Universalität müsse eines der Ziele der künftigen Neugestaltung sein. Solange mehrere große Länder dem Völkerbund nicht angehörten, könne dieser kaum hoffen, auf wirtschaftlichem Gebiete die Aufgaben erfüllen zu können, die zu seinen wichtigsten gehören.

Die Note verweist dann darauf, daß die zu geringe Zahl der Mitglieder nicht durch Zwangsmittel des Paktes ausgeglichen werden könnte. Die durch den Artikel 16 geschaffenen Sanktionen hätten in vielen Ländern sehr begründete Einwendungen hervorgerufen. Obwohl die zu übernehmenden Verpflichtungen theoretisch für alle dieselben seien, seien dennoch ihre Auswirkungen sehr verschieden, je nachdem es sich um eine Großmacht oder um einen Staat mit beschränkteren Mitteln handele. Hier sei ein gerechter Ausgleich nötig. Für ein kleines Land sei die Anwendung des Artikels 16 unter Umständen eine Frage von Sein oder Nichtsein. Eine Umgestaltung dieses Artikels sollte deshalb in Erwägung gezogen werden. Der Völkerbundspakt solle andererseits auch bezüglich der Kriegsverhütung verbessert werden. Das gelte namentlich für seine Methoden zur friedlichen Erledigung von Streitigkeiten, insbesondere für diejenigen, die die Beilegung politischer Konflikte bezwecken.

In der Note wird dann nachdrücklich betont, sollte der Artikel 16 trotz der Kritik, die an ihm geübt wird, in der gegenwärtigen Fassung beibehalten oder sollten die Risiken, die er mit sich bringt, gar noch verschärft werden, so sähe sich die Schweiz veranlaßt, erneut auf die ganz besondere Lage hinzuweisen, in der sie sich befindet, und die der Rat des Völkerbundes in der Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920 als einzigartig gekennzeichnet hat. Der Bundesrat müsse im übrigen bestätigen, daß die Schweiz keinesfalls zu Sanktionen angehalten werden könnte, die ihrem Wesen und ihren Wirkungen nach die Neutralität einer wirklichen Gefahr aussetzen würden.

Bundesrat gegen Freimaurer-Volksbegehren.

Bern, 5. September. Vor einiger Zeit ist den Bundesbehörden ein Initiativgebehren eingereicht worden, in dem die Aufnahme einer Bestimmung in die Bundesverfassung verlangt wurde, welche die Geheimen Gesellschaften, die Freimaurer- und ähnliche Organisationen auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft verbietet.

In einem längeren Bericht an die eidgenössischen Räte kommt der Bundesrat zu dem Antrag, das Volksbehren sei dem Volk zur Verwerfung zu empfehlen. Erhebungen unter den Mitgliedern der Eidgenössischen Räte und der Bundesbeamten hätten ergeben, daß vom ganzen eidgenössischen Parlament nur fünf Mitglieder einer Freimaurerloge angehören und daß auch der Anteil der Freimaurer unter den eidgenössischen Kantonal- und Kommunalbeamten bescheiden sei. Im Bundesrat, im Bundesgericht und im Eidgenössischen Wirtschaftsgericht sitze nach Wissen der Regierung kein einziger Freimaurer.

Erneute Brotpreiserhöhung in Bordeaux.

Paris, 5. September. In Bordeaux ist der Brotpreis erneut erhöht worden. Das Kilo Brot, das erst kürzlich von 1,60 auf 2 Franken erhöht wurde, wird ab 7. September 2,25 Franken kosten. Auch in Besançon ist der Brotpreis von 1,90 auf 2 Franken erhöht worden.

Der Metropolit von Sofia in Belgrad.

Belgrad, 5. September. Am Sonnabend traf eine Abordnung von hohen Würdenträgern der bulgarisch-orthodoxen Kirche mit dem Metropoliten von Sofia, Stephan, an der Spitze zum Besuch der serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad ein. Der Abordnung wurde am Bahnhof von Vertretern der serbisch-orthodoxen Kirche sowie von der Bevölkerung ein herzlicher Empfang zuteil. Vom Bahnhof begaben sich die bulgarischen Würdenträger in den Palast des Patriarchen, wo sie von Patriarch Barnabas und den Mitgliedern des Heiligen Synods der serbisch-orthodoxen Kirche empfangen wurden. Die bulgarischen Gäste bleiben bis zum 14. d. Mts. in Jugoslawien.

Die hiesigen Blätter veröffentlichen anläßlich ihres Eintreffens herzliche Begrüßungsartikel. Der Metropolit von Sofia setzt sich in einer der hiesigen Politika gegebenen Erklärung warm für eine bulgarisch-jugoslawische Annäherung und Zusammenarbeit ein.

Steuersteckbriefe und Vermögensbeschlagnahmen.

Berlin, 5. September. Gegen die nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen sind Steuersteckbriefe erlassen worden:

1. Kaufmännischer Angestellter Dr. Martin Cohn, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Giesebrechtstraße 11, zurzeit unbekannten Aufenthalts, vom Finanzamt Charlottenburg-West wegen Reichsfluchtsteuer von RM 5625.—.

2. Tuchfabrikant Ludwig Haas und dessen Ehefrau Johanna geb. Ratheim, zuletzt wohnhaft in Aachen, Maria-Theresia-Allee 13, zurzeit im Ausland, vom Finanzamt Aachen-Stadt wegen Reichsfluchtsteuer von RM 42 000.—.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die obengenannten Steuerpflichtigen, falls sie im Inland betroffen werden, vorläufig festzunehmen und gemäß § 11 Abs. 2 der genannten Verordnung unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.